



Ercheint täglich Nachmittags  
mit Ausnahme der Sonn- und  
Feiertage.

Abonnementspreis  
vierteljährlich für Halle und durch  
die Post bezogen 2 Mark.

Verlags- und Annoncenstellen für Inserate und Abonnements bei Aug. Necht, Leipzigerstraße 8. Nob. 666a, gr. Steinstraße 73. M. Dammberg, Geißstraße 67.

Inserionspreis  
für die bergaltene Corpu-  
seite oder deren Raum 15 Pfg.

Reclamen  
vor dem Tagesanfang die drei-  
gehaltene Corpuseite oder deren  
Raum 40 Pfg.

## Ämtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Nr. 267.

Sonnabend, den 14. November 1885.

86. Jahrgang.

### Ämtlicher Theil.

#### keine Sitzung der Stadtverordneten-Verammlung.

Der Vorsitz der Stadtverordneten-Verammlung.  
Greist.

#### Städtische Kommissionen.

##### Finanz-Kommission.

Sitzung am Mittwoch den 18. November cr.  
Nachmittags 5 Uhr im Magistrats-Sitzungs-Zimmer  
(Parlamentsgebäude).  
Tagesordnung:

- 1) Regulativ, betr. die Erhebung eines Kommunalzuschlages zur Brausteuer und einer Gemeindesteuer von Bier.
- 2) Besoldungsscala der städtischen Elementarlehrer.
- 3) Bedingungen für die Benutzung der öffentlichen Wasserleitung.
- 4) Etwa sonst noch eingehende Vorlagen.

Der am 21. Juli cr. hinter den zu Rainen, Kreis  
Guhrau geborenen, hier ortsangehörigen Handschuhmacher  
**Hermann Adlung**, 29 Jahre alt, wegen Hilflos-  
lassung seiner Familie erlassene Sterbefriede wird hiermit  
erneuert. Der Genannte hat sich dieser Tage in Guben  
durch Vorpiegelung falscher Hoffnungen seiner Unter-  
werfung mittelst Zwangsreiteroute entzogen und treibt sich  
wieder umher.

Halle a. S., den 11. November 1885.

#### Die Polizei-Verwaltung.

Der am 21. Januar 1885 hinter den am 9. Mai  
1834 zu Zippendorf bei Zeitz geborenen, bis 10. November  
1887 unter Polizeiaufsicht gestellten Tischler **Thomas  
gen August Schlegel**, erlassene und am 21. Juli cr.  
erneuerte Sterbefriede wird, da sich der Genannte immer  
noch der Polizeiaufsicht entzieht, hierdurch nochmals er-  
neuert.

Halle a. S., den 11. November 1885.

#### Die Polizei-Verwaltung.

#### Sterbefriede.

Gegen den untenbeschriebenen Schlosser **Ernst Georg  
Beyer**, angeblich zu Wurzen, am 16. Mai 1859 ge-  
borenen, dessen Aufenthalt zur Zeit unbekannt ist, welcher  
flüchtig ist, ist die Untersuchungsbehörde wegen schweren Dieb-  
stahls verhängt.

Es wird erucht, denselben zu verhaften und in das  
Gerichtsgelände zu Halle a. S. abzuliefern. (S. 3174/85).  
Halle a. S., den 5. November 1885.

#### Der Königl. Erste Staatsanwalt. von Moers.

Beschreibung: Alter: 26 Jahre; Größe: 1,70 m;  
Statur: stark; Haare: dunkelblond; Stirn: hoch; Bart:  
kleiner dunkelblonder Schnurrbart; Augenbrauen: dunkel-  
braun; Augen: dunkel; Nase: breit und dick; Mund:  
groß; Zähne: gut; Kinn: breit; Gesicht: etwas rund;  
Gesichtsfarbe: bleich.

Kleidung: dunkler Anzug, breiter schwarzer Hut.

#### Sterbefriede.

Gegen den unten beschriebenen Dienstknecht **Gustav  
Geffert** aus Schwebitz, welcher flüchtig ist, ist die Unter-  
suchungsbehörde wegen Diebstahls in wiederholten Fällen  
verhängt.

Es wird erucht, denselben zu verhaften und in das  
Gerichtsgelände zu Halle a. S. abzuliefern. (S. 3219/85).  
Halle a. S., den 7. November 1885.

#### Der Königl. Erste Staatsanwalt. von Moers.

Beschreibung: Alter: 44 Jahre; Größe: 1,70 m;  
Statur: groß und stark; Haare: blond; Stirn: niedrig;  
Bart: blonder Schnurrbart; Augenbrauen: blond; Augen:  
blau; Nase: stumpf; Mund: breit; Zähne: gesund; Kinn:  
rund; Gesicht: rund; Gesichtsfarbe: gesund.

Besondere Kennzeichen: Warze im Gesicht.

Der gegen den Arbeiter **Christian Wegner**, geboren  
am 9. November 1851 zu Deetz, zuletzt in Polmannitz

unterm 21. Oktober 1883 wegen Hausfriedensbruchs er-  
lassene Sterbefriede wird hiermit erneuert.  
Halle a. S., den 12. November 1885.  
**Der Königl. Erste Staatsanwalt.  
von Moers.**

### Nichtämtlicher Theil.

Halle, den 13. November.

\* Die vom Justus angestrengten Diätenprozesse sind  
in zwei Fällen, wenigstens in erster Instanz, zu Ungun-  
sten des Klägers entschieden worden, und man wird trotz  
der sämtlichen gelehrten Deuktionen offizieller Blätter  
vom juristischen Standpunkte aus diese Erkenntnisse nicht  
anfechten können. Es fehlte aber in der That an einer  
genügenden Rechtsgrundlage für diese Klagen. Damit ist  
aber die Frage nicht beantwortet, ob die Einrichtung von  
Parteiädiäten politisch und moralisch zu billigen ist. Und  
dies müssen wir auch jetzt noch verneinen. Wir wissen  
nicht, schreibt hierüber die „Nationalbl. Korresp.“ ob  
die deutsch-freimüthige und sozialdemokratische Partei,  
die einzigen, welche diese Einrichtung bei sich eingeführt hat-  
ten, sie auch jetzt noch festhalten werden; von der erstere  
wird man es wohl bezweifeln dürfen. Sie hat damit  
wohl auch in ihren eigenen Reihen Widerspruch genug ge-  
funden. Wir sind weit entfernt, das moralische Niveau  
unserer Volksvertreter für so niedrig zu halten, daß wir  
die Gefahr der „Rauschheit“ durch die Aussicht auf  
Parteiädiäten voraussetzen. Allein, das wird man nicht  
bestreiten können, daß das Ansehen der Volksvertretung  
und die allgemeine Achtung vor ihr, worauf doch ihr  
Worth und ihre Bedeutung beruht, durch eine derartige  
Entschädigung aus Mitteln von unbekannter und dunkler  
Herkunft, über deren Verwendung eine oder wenige Per-  
sonen bestimmen, in weissen Streifen geschädigt wird. Das  
gibt fortwährend zu gegläubigen Unterstellungen und Nach-  
reden Anlaß, die, wenn sie auch noch so unbegründet sein  
mögen, doch bei der großen Menge leicht einen Boden-  
saß hinterlassen, und auch dagegen wird sich nichts ein-  
wenden lassen, daß ein Parteiädiäten empfangender Abge-  
ordneter leicht in größere Abhängigkeit von der Partei-  
leitung und Parteiobrigkeit geräth, als es sich mit voll-  
kommener Freiheit der Ueberszeugung und Entschädigung ver-  
trägt. Es wird auch nicht zu bestreiten sein, daß die  
Reichsversammlung eben durch die Diätenlosigkeit ein ge-  
wisses Korrektiv gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht  
schaffen wollte, indem sie nur Männern in angelehener,  
autonominärer und wohlgeordneter Lebensstellung die  
Worten des Reichstages öffnen wollte, und daß dieser  
Zweck durch Entschädigung aus Privatmitteln in einer der  
Absicht des Gesetzgebers widersprechenden Weise vereitelt  
wird. Die Frage der Diätenzahlung aus Staatsmitteln  
hat damit gar nichts zu thun und es lassen sich dafür  
wie dagegen sehr beachtenswerthe Gründe anführen. Wir  
wollen auf diesen oft erörterten Gegenstand heute nicht  
eingehen. Die deutsch-freimüthige Partei möge ihren An-  
trag auf Diäten aus öffentlichen Mitteln, der in der  
vorigen Reichstagsession angenommen worden, wieder er-  
neuern, sie wird dabei Unterstützung genug finden, wenn  
auch keine Aussicht ist, zur Zeit im Bundesrathe durchzu-  
dringen. Aber Diäten aus privaten und Parteimitteln  
können wir nur für einen bedauerlichen, das Ansehen der  
Volksvertretung schädigenden Mißgriff erklären.

\* Die Auslassungen der „Nord. Allg. Ztg.“ über die  
Diätenprozesse begegnen in der liberalen Presse vielfachen  
Widerprüchen. Insbesondere erregt die Stelle Anstoß,  
welche den Nachweis verjagt, daß die Gewährung von  
privaten Diäten ein Schuldverhältnis zwischen den Abge-  
ordneten und dem Geber herstellen werde. Man müsse  
zwischen einem Ehrenlohn und einer Bestechung zu unter-  
scheiden wissen, erwidert die „Wesf. Ztg.“, und die „Nat.  
Zeitung“ giebt zu bedenken, daß gerade an der Stelle, an  
welcher dieser Einwand steht, so oft von der Verrohung  
des Tonnes der Presse die Rede sei. Auch die „Germania“  
wendet dem Artikel der „N. Allg. Ztg.“ ihre Aufmerk-  
samkeit zu. Sie führt u. A. die Stelle an, in welcher  
ausgeführt wird, daß ein Abgeordneter, der von Privat-  
personen Diäten empfängt, zu denselben in ein Wohlver-  
hältnis trete, und daß die Gefahr nahe liege, daß der  
Abgeordnete seinen parlamentarischen Einfluß dem Wohl-  
betenden verdinge. „Das“ ist hier zu sagen, daß bei den  
sozialdemokratischen und deutsch-freimüthigen Abgeordneten  
schon so ist, wollen wir nicht behaupten, daß aber ähn-  
liche Zustände entstehen könnten, haben wir schon damals  
ge sagt, als zuerst die Nachricht von dem fortschrittlichen

Parteiädiätenfonds auftauchte, und wir sind auch jetzt noch  
derselben Ansicht. Wir haben also gegen die Stelle des  
Artikels der „Nord. Allg. Ztg.“ keinen Einwand zu  
machen. Dagegen ist alles Andere, was das offizielle  
Organ über diese Angelegenheit sagt, haltlos.

\* Dem Bundesrathe ging ein Gesuchentwurf zu über  
die Ausübung der Gerichtsbarkeit in den deutschen Schutz-  
gebieten, sowie die Mitwirkung deutscher Behörden bei  
Ausübung der Gerichtsbarkeit und der hierbei zur An-  
wendung kommenden Vorschriften des bürgerlichen Rechts  
und des Strafrechts. Es soll dies durch kaiserliche Ver-  
ordnung geregelt, dem Bundesrathe und dem Reichstage  
aber davon sofort resp. bei deren Zutritt Kenntnis  
gegeben werden.

\* Das Landes-Deconomie-Collegium hat be-  
schlossen: 1) daß zweifellos ein dringendes Bedürfnis vor-  
liege, ein centrales Organ zur Erforschung der hydrogra-  
phischen Verhältnisse und zur Förderung der hydrologischen  
Wissenschaft im preussischen Staate zu schaffen, 2) daß  
ferner ein dringendes Bedürfnis vorliege, den kulturell-  
nischen Dienst im preussischen Staate zu systematisieren  
und geeigneter Weise als bisher zu organisieren, daß  
das Collegium indessen es nicht für seine Aufgabe machen  
könne, mit positiven Organisationsplänen hervorzutreten.

— Hierauf wurde in die Beratung der Regierungsvor-  
lage, betreffend die Ermöglichung der Auflegung unablos-  
barer Renten und der kontraktlichen Beschäftigung der  
Theilbarkeit behufs Neubildung und Erhaltung landwirt-  
schaftlich benutzter Besitzungen in Form von Rentengütern,  
eingetreten. Die meisten Redner äußerten sich zustimmend,  
wenn es auch nicht an Bedenken fehlte. Ganz abnehmend  
verhielten sich nur die freimüthigen Mitglieder des Kol-  
legiums. Schließlich wurde eine längere Erklärung be-  
schlossen, worin gelangt ist: Die Einführung des Instituts  
der Rentengüter auf der in der Denkschrift dargelegten  
gesetzlichen Basis, welche einer Erweiterung vielleicht noch  
in der Richtung bedürfen möchte, daß eingeschaltet würde,  
es sei die Vereinigung der Rentengüter mit anderen Gü-  
tern von einer Genehmigung der Auseinandersetzungs-  
behörden abhängig zu machen, charakterisiert sich als ein  
Versuch, dessen Erfolg namentlich ob er zur Erreichung  
seines Zweckes 1) Stärkung des Standes der bürgerlichen  
Grundbesitzer, 2) dauernde Erhaltung leistungsfähiger  
Grundbesitzer und 3) Förderung der inneren Kolonisation  
auch im nationalen Sinne führen wird, zweifelhaft erscheint.  
Das Ziel ist aber von so großer politischer, sozialer und  
wirtschaftlicher Bedeutung, Gefahren, welche mit dem  
Verluste in Aussicht stehen, sind so wenig erheblich, daß  
das Collegium keinen Anstand nimmt, sich entschieden für  
den Versuch zu erklären, trotzdem der in den 70 er Jahren  
dasselbe Ziel verfolgende Versuch, Staatsgüter durch Ver-  
kauf zu zerstreuen, sich als vollständig vereitelt erwiesen  
hat; ein solcher Versuch ist umso mehr zu empfehlen, weil  
ein Maaßstab in die preussische Geschichte, auch in diejenige  
der benachbarten Staaten, Hollands, Mecklenburgs etc.,  
beweist, daß auf ähnlicher Rechtsbasis günstige Erfolge  
erzielt sind, ja gegenwärtig noch erreicht werden. Aus-  
nahme finden muß das Institut zumeist beim Staate  
selbst, indem dieser in denjenigen Theilen des Staatsge-  
biets, wo das Bedürfnis am schärfsten hervortritt (es  
dürfte dies vornehmlich der Osten der Monarchie, viel-  
leicht auch ein Theil der Fluß- und Seemarschen im  
Westen sein), mit der Zertheilung von geeigneten  
Staatsgütern in Rentengüter verchiedener Größe vor-  
geht. Voraussetzlich werden dann, wenn der Versuch  
gelingt, größere Grundbesitzer, Domänen, Stiftungen und  
industrielle Aktiengesellschaften nachfolgen.

\* In Karlsruhe begab sich gestern Vormittag der Groß-  
herzog nach vorangegangenen Gottesdienste in der Schloß-  
kirche unter dem Geläute sämtlicher Gloden zur feier-  
lichen Eröffnung des Landtages in das Ständehaus, wo-  
selbst eine Kompagnie des Leib-Grenadier-Regiments Nr.  
109 mit der Fahne und Musik aufgestellt war. Die vom  
Großherzog verlesene Thronrede gedenkt der Vermählung  
des Erbprinzen und des Besuchs seiner Majestät  
des Kaisers und kündigt ferner eine Reihe Vorlagen finanz-  
politischer, land- und forstwirtschaftlicher Art an.

Nach der Thronrede weist das Budget eine Steigerung  
des Staatsaufwandes auf und soll das Erträgnis der  
neuen Einkommensteuer zur Ermäßigung der übrigen  
direkten Steuern dienen. Ferner wird die Erweiterung des  
Eisenbahnetzes in Aussicht genommen.

\* Die Thronrede, mit welcher gestern der sächsische Land-  
tag vom König eröffnet wurde, geht zunächst der Freude

darüber Ausdruck, daß die Gesamtanlage des Landes sich als eine günstige darstelle. Sachten habe die Bahn einer gedeihlichen Entwicklung verfolge, es gereiche dem König zur Befriedigung, daß die Maßnahmen für die Reichsgeleise, betreffend die Kranken- und Unfallversicherung, rechtzeitig fertig gestellt worden seien und daß die Vorgesetzten der bedeutenden Reformen opferwillige Theilnahme entgegengebracht haben. Hiernächst werden Gelegenheitswörter angekündigt über Fehden der Viehzucht, und über Erweiterung der Vorschriften, welche über Entschädigung wegen Viehverlusten in Seuchenfällen bestehen, ferner über eine Reform der Landesbrandversicherungsanstalt, sowie ein Gesetzentwurf für eine neue Grundlage des polizeilichen Ausweisungswesens und ein Entwurf über den Erwerb von Bergwerkseigentum. Vorge schlagen wird der Ankauf einer Anzahl Gruben durch den Staat, um die Zukunft der Bergbaubevölkerung in Freiberg sicher zu stellen. Im Folge des Ausschusses, welchen das Feuerlöschwesen genommen hat, ist ein Ehrenzettel für ausgezeichnete Dienstleistungen bei den Feuerwehren gefaßt worden, auch wird eine angemessene Erhöhung der Beiträge für die Ortsfeuerlöschschaften vorgeschlagen. Die abgelaufene Finanzperiode hat einen erheblichen Ueberschuß geliefert, welcher die Möglichkeit weiterer Eisenbahnbauten, Straßenbauten und der Förderung der Eisenindustrie bietet. Die wachsenden Erträge von Staatssteuern und die Erhöhung der Einnahmen aus Zöllen und Reichsstempelabgaben gewähren für die nächste Finanzperiode reichliche Mittel zur Förderung der Zwecke der Staatsverwaltung, der Wissenschaft und Kunst, auch soll die Hälfte der Einnahmen aus den Grundsteuern zur Erleichterung der Schullasten den Schulverbänden überlassen werden.

\* In der bayerischen Kammer der Abgeordneten vertheilte der Minister des Auswärtigen gegenüber den Ausführungen Frankensberger's z. c. eingehend den bayerisch-russischen Auslieferungsvertrag, der in Folge des preussisch-russischen Vertrages notwendig sei, so lange der Reichsanzler einen Reichsvertrag für inopportun halte. Er (der Minister) übernehme als alleiniger bayerischer Unterzeichner die Verantwortung für den Vertrag. Die neuen Abmachungen seien durch das Auftreten der Anarchisten notwendig geworden. Da die Reichskompetenz nicht ausgedehnt werde, so müsse die Staatskompetenz eintreten. Uebrigens sei es noch ungewiß, ob dem Reichstag ein bezüglicher Vertrag des Reiches mit Rußland vorgelegt werden würde. Die Anregung zu dem Vertrage sei von russischer Seite gekommen, der Reichsanzler habe in dieser Beziehung nichts angeregt. Falls Fürst Bismarck irgend welche Wünsche hinsichtlich der Reichspolitik geäußert hätte, würde er (der Minister) alles Mögliche für den Reichsanzler gethan haben. Es sei auch in Betracht zu ziehen, daß man auf die Freundschaft des russischen Kaisers Werth lege. Außerdem beweise sein (Kaiser's) Vorgehen, daß er jede passende Gelegenheit ergreife, um die Selbstständigkeit Baiern's zu wahren. Der Vertrag sei analog mit dem preussischen Vertrage abgeschlossen, welcher seiner Zeit vom Bundesrath einstimmig gebilligt worden sei. Der Minister wies schließlich die über die russischen Polizeizustände verbreiteten Anschauungen zurück.

\* Die ungarische Delegation hat das ordentliche und das außerordentliche Budget, sowie das Marinebudget genehmigt. Seitens der Regierung wurde die Erklärung abgegeben, daß die Beratungen über die Reform der Militär-Strafprozedur beendet seien und daß darüber nunmehr zwischen den beiden Justizministern verhandelt werde. Was das Marinebudget anbelange, so sei eine Ausdehnung des im vorigen Jahre aufgestellten Programmes nicht beabsichtigt, vielmehr werde an diesem Programme festgehalten.

\* Die französische Kammer der Deputirten genehmigte ohne Diskussion die Wahlen von 56 Departements, die 386 Mandate umfassen. — Das Gericht, General Courcy sei nach Frankreich zurückberufen worden, wird von der „Agence Havas“ bemerkt, mit dem Zusatz, Courcy habe in Tonkin eine Mission zu erfüllen und Nichts lasse darauf schließen, daß er vor deren Erfüllung zurückkehren werde. — Der deutsche Botschafter Graf Münster hielt gestern seinen ersten offiziellen Empfang. — Der Marquis Brozza ist in Vissalon angekommen.

\* Belgien hat nun erklärt, der jetzt neuereinbrachten Münzkonvention der lateinischen Münz-Union nicht beitreten zu können, indem es die Liquidationsklausel ablehnt. Es hat aber Frankreich entgegenkommende Vorschläge bezüglich der Einlösung seiner Fünftausendstücke gegen Gold gemacht, auch den Uebergang zur Goldwährung vorgeschlagen. Es ist nicht zu erwarten, daß die belgischen Vorschläge Annahme finden.

\* Von der Balkanhalbinsel liegen folgende neueren Nachrichten vor: Die Konferenz beschloß gestern, den Fürsten Alexander aufzufordern, nach Sofia zurückzukehren, und daß bis zur vollständigen Herstellung des früheren Zustandes, resp. bis zur Modifizierung des ostrumelischen Statuts ein türkischer Kommissar die Verwaltung der autonomen Provinz übernehmen soll. Ersaiger Widerstand der bulgarischen Bevölkerung soll durch eine internationale Flotade (?) gebrochen werden. — Nach in Paris eingegangenen Meldungen hat die bulgarische Regierung angezeigt, daß sie Befehl erteilt habe, die 300 Mann serbischer Truppen, welche sich noch in der Umgegend von Trin befinden, als Räuber zu behandeln. — Aus Nißch wird offiziell gemeldet: Die von Paris ausgehende Nachricht, der König habe einigen Kabinetten Mittheilung von einer bevorstehenden Ueberschreitung der Grenze gemacht,

ist vollständig aus der Luft gegriffen. Endlich wird aus Belgrad telegraphirt: Sämmtliche Donaufahrzeuge von Radjovak sind in Timof bei Pragerska zum Brückenschlag konzentriert. Von Nißch ist eine Bionierabtheilung zum Brückenschlag dorthin abgezogen.

\* Der „Times“ wird, wie bereits gestern berichtet, aus Rangun vom 11. ds. gemeldet: Der Oberkommissar für Britisch-Birmanien, Bernard, habe Absicht einer Proklamation des Königs Thibo erhalten, in welcher dieser den Befehl erteilt habe, die Engländer umzubringen. Man fürchtet, daß sämtliche in Mandalay befindliche Europäer getödtet worden sind. Eine weitere Depesche der „Times“ aus Rangun bringt Nachrichten aus Mandalay vom 9. d. M. Danach ist den Fremden verboten worden, Mandalay zu verlassen. Andreo, Agent der englischen Handelskompanie hajeloff, berichtet über die Proklamation des Königs Thibo, dieselbe rufe das Volk zu den Waffen. Man erwartet den Uebergang der englischen Truppen über die Grenze ungefähr am 15. d. M.

\* Das russische offizielle „Journ. de St. Petersbg.“ nimmt die letzte Rede Salisburgs, soweit sie Afghanistan betrifft, sympathisch auf und sagt: es sei aufrichtig zu wünschen, daß in der thatsächlichen Anwendung der Worte Beaconsfields, daß in Asien für England und Rußland Raum sei, Lord Salisbury Vertrauen und guten Willen zeige, was den Worten erst den rechten Werth geben würde. Leider habe die thatsächliche Anwendung mandchur bei Beaconsfield gefehlt. Auf die Bemerkungen Salisburgs über die Konferenz wird das Blatt zurückkommen, wenn der Wortlaut der Rede vorliegt; es scheint also ein Haar darin gefunden zu haben.

Ein hochbedeutendes russisches Botschafter hat der russische Kriegsminister erteilt. Er ordnet an, daß der Bestand an Offizieren der Infanterie-Regimenter, welche im Wilnaer, Dvornier, Kiener Militärbezirk garnisoniren, sowie mehrere Infanterieregimenter des Warschauer Militärbezirks vom 1. Januar 1886 ab um je 2 resp. 1 Offizier vergrößert werde.

### Telegraphische Nachrichten.

Rom, 11. Nov. Ueber bevorstehende Aenderungen der Belegung verschiedener Botschafterposten erfährt die „Italia“, Creppi sei für Konstantinopel, Corriell für Petersburg und Corti für London in Aussicht genommen. Manchester, 12. November. In dem großen Baumwollenlager von Louis Behrens's Söhne brach heute Vormittag eine Feuerbrunst aus, welche erst Nachmittags bewältigt wurde. Der durch dieselbe angerichtete Schaden wird auf 50,000 Pfund geschätzt.

Belgrad, 12. Nov. Sämmtliche Minister sind heute vom König nach Nißch berufen. Petersburg, 12. Nov. Generalkonsul Sorokin, welcher Dienstag den 10. d. M. nach Konstantinopel abgereist ist, hat der „Neuen Zeit“ zufolge den Befehl erhalten, nach Philippopol zurückzukehren und sein Amt wieder anzutreten.

### Tages-Chronik.

\* Der Kaiser hatte auch gestern wieder eine längere Konferenz mit dem Unterstaatssekretär Grafen Herbert Bismarck. Später empfing Sr. Majestät den Besuch des Herzogs von Sachsen-Altenburg, der zur Theilnahme an der Hofjagd zu Reglingen eingetroffen ist.

\* In Anwesenheit der Großherzogin fand am Sonnabend in Heidelberg die feierliche Eröffnung des neuen Gebäudes der Luisenheilanstalt statt. Dasselbe ist ausschließlich für arme Kinder berechnet und enthält jetzt 42 Betten. Der Neubau wurde hauptsächlich ermöglicht durch eine Stiftung von 40,000 M., welche der frühere Universitäts-Professor Gottschalk Alexander Pagenstecher zur Erinnerung an seine verstorbene Gemahlin gespendet hatte.

\* Prinz Waldemar von Dänemark ist mit seiner jungen Gemahlin von Paris in Gumbden zum Besuch des Herzogs von Cumberland eingetroffen. Die Neuvermählten werden sich dort bis Ende November aufhalten und dann eine Reise nach Südeuropa antreten.

\* Ausländer, die irrtümlich zum Militärdienst ausgehoben worden sind und sich bei einem Truppentheile im Verurlaubenstande oder im Ersatzverfahren befinden, sollen einer Ministerialverfügung zufolge sofort aus jedem Militärverhältnis entlassen und in den militärischen Listen gelöscht werden, es sei denn, daß sie ihre Naturalisation beantragen und diesem Antrage stattgegeben werden kann. Personen, welche nicht deutsche Staatsangehörige sind, sollen von der Aufnahme in die Rekrutirungsstammrollen ausgeschlossen und etwaige zweifelhafte Fälle beim Civilvoritzenden der Ersatzkommission zur Sprache gebracht werden.

\* Graf und Gräfin Wilhelm zu Stolberg-Wernigerode feiern dieses Jahr in Zannowitz das 37. ihrer goldenen Hochzeit.

\* Am 5. d. M. wurde Kähler Pascha beerdigt. Drei Mal kam derselbe von Deutschland nach Konstantinopel und drei Mal mußte er sich sofort nach seiner Ankunft in's Hospital begeben. Das erste Mal war es ein Darmkatarrh, der ihn niederwarf, das zweite Mal, nachdem er einen Urlaub genommen hatte, um die Folgen der ersten Krankheit auszubilden, eine Wiederholung des ersten Uebels, zum dritten Mal, als er von seinem zweiten Urlaub zurückkehrte, zwang ihn eine Kopffröhe, wieder das Krankenhaus aufzusuchen. Diesmal trat die Krise in Begleitung eines alten Nierenleidens auf und er erlag der vereinten Einwirkung beider. Am dem Begräbnis nahm

nicht nur die ganze deutsche Kolonie Theil — seine Kameraden v. Hobe, Kampfbeyner und v. d. Goltz hatten die Rolle der abwehenden Verwandten übernommen —, sondern dasselbe war ganz besonders prächtig, wie es einem Christen wohl dort noch nicht zu Theil geworden ist. Der Sultan ließ sich durch den Nizschit Minister Pascha, durch seinen Privatsekretär Reichsbey und drei Generaladjutanten vertreten, von Botschaftern war nicht bloß Herr von Radowitsch gegenwärtig, sondern auch die Herren von Galice und von Keldow waren gekommen und schritten neben dem deutschen Botschafter hinter der Leiche her; auch Sir C. White war amwesend, außerdem die Botschaftssekretäre, die Offiziere der „Loreley“, überhaupt alle deutschen und die meisten fremden Notabilitäten. Eine Kompagnie türkischer Infanterie mit Musikkorps und ein Zug Kavallerie erwies die Ehren. Der Großvezir war durch den Befehl Essendi vertreten, kurz, das Leichenbegängniß war eine Feierlichkeit, wie sie selbst den höchsten Würdenträgern des Reichs gewöhnlich nicht zu Theil wird. Unter den Klängen eines einfachen Kirchenliedes wurde die Leiche auf dem protestantischen Friedhof in's Grab gesenkt.

\* Der Verdacht, die Frau Geheimsekretär Päpke ermordet zu haben, ist in den letzten Tagen auf den Sandlundsdiener Hermann Kowalski aus Dornitz, welcher bereits mehrere Inhaftierungen wegen schweren Diebstahls erlitten hat, gerichtet worden. Die vollständige Ueberführung des Beschuldigten ist allerdings noch nicht gelungen, indes erwidert derselbe so schwer belastet, daß er gestern in das gerichtliche Untersuchungsgefängniß gebracht worden ist. Außer dem Verdacht werden ihm noch mehrere Diebstähle zur Last gelegt.

\* Eine ganz außergewöhnlich starke Inanfruchtbarkeit hatte die Berliner Morgue im vergangenen Monate aufzuweisen. Es sind dort in einem Monat nicht weniger als 66 Leichen eingeliefert und aufbewahrt, theilweise auch rekonstruirt worden. Die Mehrzahl der Todten waren Selbstmörder, die bei Lebeten dem jüngeren Jahresaufstande angehört hatten. Einen großen Theil stellten auch Bagabunden, die auf der Straße verstorben waren.

\* Ein fremder Herr, der anscheinend zu diesem Zweck nach Mühlhausen i. G. gereist war, suchte eine Sängerin aus dem Eben-Concert in ihrer Wohnung auf und schickte ihr eine Flaße Vitriol ins Gesicht. Ein Theil des Gesichtes, sowie Hals, Brust und Hände sind stark verbrannt. Der Unmuthig wurde nach starker Gegenwehr von einem Hausbewohner übermächtig und der Polizei übergeben. Er dürfte nach den Anschauungen der deutschen Gerichtsbarkeit nicht so leichten Karos davon kommen, wie es bei ähnlichen Fällen in Paris zu geschehen pflegt.

\* Im Laufe weniger Monate sind sämmtliche Beamte der Universitätsbibliothek zu Gießen verchieden. So starb im Juni der Bibliothekar Professor Noack; nicht lange nachher folgte diesem sein Stellvertreter Dr. Pumphoff und dieser Tage segnete der Bibliotheksbeamte Dorsfeld das Zeitliche.

\* In Frankfurt a. M. wird der folgende Vorfall viel besprochen. In einem dortigen kleineren Bankhause ist ein junger Engländer, der Sohn eines Londoner Bankiers, als Volontär angestellt, um das Deutsche Bankwesen kennen zu lernen. Dem jungen Engländer wurde am Montag Mittag nach Beendigung einer Arbeit von Seiten des Prinzipals gesagt, daß er scheidet gearbeitet und Fehler gemacht habe. Darüber ergrimmt, wie das „Zsch. Journ.“ erzählt, der Engländer derart, daß er das Cassa-Conto, ein ziemlich großes Buch, ergriff und seinem Prinzipal bedarrt auf den Kopf schlug, daß derselbe lautlos zusammenbrach und erst nach einer halbstündigen Ohnmacht wieder das Bewußtsein erlangte. Wegen der Mißhandlung und Beleidigung wurde der Bankier Strafantrag gestellt haben, wenn der Vater des jungen Mannes, welcher von dem Vorfalle Nachricht erhielt, sich nicht zu einer sofortigen Zahlung von 250 Pfund Sterling herbeigelassen hätte.

\* Die in Rölln bevorstehende Gerichtsverhandlung gegen einen Kunsthändler, der durch Anstellung der Photographie von Damer's Ariadne „Aergerniß“ erregt haben soll, hat vielfach die Aufmerksamkeit auf das Meisterwerk des Freundes Schillers gelenkt, der die „Götter Griechenlands“ in Marmor wiederzugeben suchte. Es liegt uns nun die Probenummer einer demnach in Frankfurt a. M. erscheinenden Zeitschrift „Glossen zur Tagesgeschichte“ vor, worin höchst interessante Mittheilungen über das Modell zu Damer's Ariadne enthalten sind. Dasselbe ist die Tochter eines canadischen Ozeanbesizers und hieß Charlotte Münch (später vermählt mit dem Hofstuckateur Joffetta in Stuttgart). Sie hat der Stuttgarter Bühne 41 Jahre lang als hervorragendes Mitglied angehört. Wie sie auf den Wunsch des Königs Friedrich Damer's Modell wurde, ist in jener Zeitschrift näher ausgeführt.

\* Der Wittkariende Paul Reichard ist heute bei seinen Angehörigen in Wiesbaden eingetroffen. Wie von dort geschrieben wird, befindet sich derselbe daselbst nur wenige Tage auszurufen, denn am Freitag bereits folgt Herr Reichard einer Einladung nach Karlsruh, um ihm die Arbeiter der Fabrik seines Vaters einen großartigen Empfang zugebracht haben, und zeit dem Anfangs nächster Woche nach der deutschen Reichshauptstadt, deren Geographenkreise sich zu einer Bewillkommung des kühnen Reisenden rufen.

\* Aus Reg. 9. November, wird geschrieben: Gestern Abend spielte sich im National-Theater während der Aufführung der „Schwarzen Diamanten“ eine höchst aufregende Scene ab. Ein junger Mann rief nämlich wäh-



## Interims-Stadt-Theater.

Sonnabend den 14. November.

Abonnementkarten haben Gültigkeit.

☞ Schüler-Vorstellung. ☜

### Die Räuber.

Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.

(Regie: Herr Dahlen.)

Maximilian, regierender Graf von Moor	— — — —	Herr Patr.
Karl,	} seine Söhne	Herr Pittschau.
Franz,		Herr Dahlen.
Amalia, seine Nichte	— — — —	Frl. Föfster.
Spiegelberg,	} Libertiner, nachher Banditen	Herr Hüner.
Schweizer,		Herr König.
Grimm,		Herr Burghardt.
Schusterle,		Herr Hugo.
Roller,		Herr Richard.
Razmann,	— — — —	Herr Dober.
Rosinäh,	— — — —	Herr Sachs.
Hermann, Bastard eines Edelmannes	— — — —	Herr Droosmann.
Eine Magistratsperson	— — — —	Herr Carl.
Daniel, ein alter Diener	— — — —	Herr Lehmann.

Ein Bedienter. Räuber. Volk. — Der Ort der Handlung ist Deutschland.  
Das Stück spielt in der Zeit, als der ewige Landfriede in Deutschland errichtet ward.  
Zu dieser Vorstellung werden Schüler-Billets à 50 Pf. ausgegeben.  
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.

Sonntag den 15. November 1885:

### Gasparone, der Räuberhauptmann von Syrakus.

Große Operette von C. Millöcker.

(Charlotta Frl. Hugot. — Beaujeu Herr Dober.)

## W. Assmann, 27. gr. Ulrichstrasse 27,

empfiehlt sein großes Lager **conservirter Früchte** und **Gemüse** zu **Fabrikpreisen** billiger als jede Konkurrenz und nur hochfeine

**Specialität,**

Auschnitt seiner **Wurst- und Fleischwaaren**, das **einzige Geschäft** seiner Art am Plage, täglich feinste **Wiener u. Frankfurter Würstchen**.  
**Schäffeln werden aufs Feinste garnirt.**

### Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten hiesigen und auswärtigen Publikum zeige hiermit ergebenst an, daß ich im Hause **gr. Märkerstrasse 18** eine

### Cigarren-Fabrik

verbunden mit **reichhaltig assortirtem Detailgeschäft** am heutigen Tage eröffnet habe.

Langjährige Erfahrungen in dieser Branche setzen mich in den Stand, den mich beehrenden werthen Kunden nur reelle Waare bieten zu können und bitte mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Halle a/S., den 14. November 1885.

Hochachtungsvoll

**Max Franzen.**

## Wähler der 3. Abtheilung des 5. Bezirks.

Sämmtliche Wähler, welche sich für die Wahl des früheren Gastwirths, jetzigen Hausbesizers Herrn **Franz Hummel** zum **Stadtvorordneten** interessieren, werden gebeten, sich zu einer **nochmaligen Besprechung** **Sonnabend den 14. d. Mts. Abends 8 Uhr** im **Gasthose zur Weintraube** einzufinden.  
Mehrere Wähler.

## Geschäfts-Eröffnung.

Einem hochgeehrten Publikum der Stadt Halle und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich **Sonnabend den 14. November cr.** unter der Firma

# Siegmund Haagen

am Markt,

in dem früheren Lokale des Herrn C. Luckow,

**Ecke Leipziger- u. gr. Märkerstrasse,**

ein Sortimentsgeschäft, der

**Seidenband-, Putz-, Weisswaaren- und Wäschebranche**

verbunden mit

**Stroh- und Filzhutfabrikation**

eröffne.

Sämmtliche Artikel meines Sortimentsgeschäfts werden zu den **billigsten Fabrikationspreisen** abgegeben.

Das seit fast **15 Jahren wohlbegründete Renommé** meines Berliner Hauptgeschäfts und meiner sämmtlichen Filialen, der große Konsum des Etablissements, die Verbindung mit den bedeutendsten Fabriken des In- und Auslandes — der Einkauf sämmtlicher Waaren gegen baare Kasse — die seit Begründung meines Unternehmens stets inne gehaltenen Prinzipien:

**„Verkauf nur zu festen Preisen, vorzügliche Qualitäten, saubere und gediegene Arbeit, überraschende Billigkeit bei Berechnung des bescheidensten Nutzens“**

bürgern für eine durchaus reelle und coulante Bedienung.

Indem ich mich Ihrem geneigten Wohlwollen angelegentlich empfohlen halte, zeichne

Hochachtung

**Siegmund Haagen, Halle a/S.,**

am Markt,

**Ecke Leipziger- u. gr. Märkerstrasse.**

Haupt-Depôt Berlin C., Heilige Geiststraße 35.

**Niederlagen:** Berlin NO., Landsbergerstr. 91, Brandenburg a/S., Rostock in Mecklenburg, Spandau, Lübeck, Burg, Zerbst, Fürstentwalde, Halle a/S.